

Zeit für einen neuen Weg in der Drogenpolitik: Legalisierung von Cannabis jetzt – aber richtig!

Effektiven Jugendschutz gewährleisten – Gesundheitsgefährdungen minimieren – Prävention und Suchtberatung stärken

Einführung

Die Debatte um eine Legalisierung von Cannabis ist durch die neue Ampelkoalition in vollem Gange. Im Koalitionsvertrag bekennen sich die zukünftigen Koalitionäre, eine kontrollierte Abgabe von Cannabis zu Genusszwecken in lizenzierten Geschäften einführen zu wollen.

Der Paritätische Hessen begrüßt dies ausdrücklich und fordert SPD, Bündnis '90/ Die GRÜNEN und die FDP auf, jetzt bei der gesetzlichen Ausgestaltung der Legalisierung konsequent neue Wege in der Drogenpolitik zu beschreiten und die Chancen für eine moderne Drogenpolitik zu ergreifen. Denn letztlich entscheidet der Staat und damit die Gesellschaft, ob, wie und welche Rauschmittel unter Strafe gestellt werden. Diese Frage ist in dem Bewusstsein zu beantworten, dass es keine drogenfreie Gesellschaft geben kann. Oberstes Ziel der Drogenpolitik sollte dabei sein, einen wirklich effektiven Jugendschutz zu erreichen und Gesundheitsgefährdungen für Cannabis-Konsument*innen zu minimieren.

Bis 1925 war Cannabis in Deutschland noch völlig legal und wurde über Apotheken vertrieben, Erst 1925 wurde die Substanz ins Strafgesetzbuch aufgenommen. Alkohol hingegen galt schon immer als legale Droge und das, obwohl nach offiziellen Schätzungen 9,5 Millionen Bundesbürger Alkohol in gesundheitlich bedenklichen Mengen konsumieren. Das Bundeverfassungsgericht begründete dies bereits 1994 damit, dass Alkohol "typischerweise" nur zum Genuss getrunken wird. Eine von vielen gesellschaftlichen Begründungen, die bis heute Bestand haben. Cannabis ist inzwischen in der gesellschaftlichen Wirklichkeit angekommen. Im Zeitraum 2009 bis 2018 ist der Anteil der Cannabiskonsument*innen von 15% auf 20% gestiegen. 52% der Cannabiskonsument*innen sind zwischen 18 und 27 Jahre. (*Hessische Landesstelle für Suchtfragen e.V. (Hrsg.), Ambulante Suchthilfe und Suchtprävention in Hessen, Frankfurt 2019*).

Insgesamt – so schätzt der Deutsche Hanfverband – werden 200 bis 400 Tonnen Cannabis jährlich in Deutschland konsumiert. Das entspricht einem Marktwert von mindestens 1,2 Milliarden Euro – Geld, das derzeit insbesondere der organisierten Kriminalität zufließt. (<https://www.deutschlandfunk.de/legalisierung-von-cannabis-wie-eine-ampelkoalition-die-100.html> vom 15.10.2021, aufgerufen am 15.11.2021)

Derzeit wird im Schwarzmarkt verkauftes Cannabis vermehrt mit synthetischen Cannabinoiden gestreckt. Diese synthetischen Cannabinoide haben ein deutlich stärkeres Wirk- und Suchtpotential und der Konsum kann zu schwerwiegenden gesundheitlichen Komplikationen bis hin zu Todesfällen führen. Diese Streckstoffe sind in ganz Deutschland verbreitet. Das Portal Legal-High-Inhaltsstoffe hat in seinen Analysen bei Cannabis und Haschisch bei 695 Proben mit Verdacht auf synthetische Cannabinoide in 28% der Fälle diese tatsächlich in Laboranalysen nachweisen können. (<https://basis-ev.maps.arcgis.com/apps/webappviewer/index.html?id=ccfb75f21d1b4c8487297588cdb216a3>)

Die Gesetzliche Lage

Das Betäubungsmittelgesetz stellt den Besitz, Handel und den Anbau von Cannabis unter Strafe, es verbietet nicht den Konsum von Cannabis. Laut Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) wurden in 2020 bei nahezu 230.000 Delikten Verfahren in Zusammenhang mit Cannabis eingeleitet.

Bei größeren Mengen droht eine Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren oder eine Geldstrafe. Geringe Mengen zum Eigenbedarf können von den Gerichten straffrei gestellt werden. Als „geringe Menge“ gelten – je nach Bundesland – zwischen sechs und zehn Gramm.

Zeit für einen anderen Blick: Gefordert ist ein neuer Umgang mit Cannabiskonsum

Es ist überfällig einen anderen Umgang mit Cannabiskonsum zu finden. Gemeinsames gesellschaftliches Ziel muss eine humane Drogenpolitik sein, die den Drogenkonsum als gesellschaftliche Realität anerkennt, die Gefahren im Blick hat und beim Umgang und der Bewertung von Drogenkonsum die unterschiedlichen gesundheitlichen Risiken der Substanzen berücksichtigt, um so einen gezielten Jugend- und Gesundheitsschutz ins Zentrum zu stellen.

Prohibition und Kriminalisierung von Drogenkonsument*innen haben – wie die Drogenpolitik der vergangenen Jahre gezeigt hat - keinerlei Wirkung hinsichtlich eines gezielten Jugend- und Gesundheitsschutzes. Die Wirksamkeit der Strafverfolgung von Konsument*innen ist nicht belegt. Die Repression erschwert und behindert Hilfsangebote für Menschen mit problematischem Konsum, wie die Erfahrungen der im Paritätischen Hessen organisierten Suchthilfe-Organisationen zeigen.

Die bisherige Drogenpolitik hat stattdessen einen Schwarzmarkt entstehen lassen, auf dem Drogen unkontrolliert für jede*n zugänglich sind. Durch die unkontrollierte Zusammensetzung der Substanzen werden die Konsument*innen durch unbekannte Wirkstoffgehalte der Drogen enormen gesundheitlichen Risiken ausgesetzt.

Die Forderung: Änderung des Betäubungsmittelgesetzes und kontrollierte Abgabe von Cannabis als Genussmittel

Die Forderungen einer modernen Drogenpolitik, die den Jugendschutz, den Verbraucherschutz und den Gesundheitsschutz in den Mittelpunkt des Handelns stellt, liegen auf der Hand:

Eine kontrollierte Abgabe von Cannabis in lizenzierten Fachgeschäften muss den Weg der Prohibition und Kriminalisierung ablösen. Die kontrollierte Abgabe ist lange überfällig.

Der Preis für Cannabis in lizenzierten Fachgeschäften muss insofern realistisch gewählt werden, als dass die Konsument*innen tatsächlich in den Fachgeschäften einkaufen, anstatt auf dem Schwarzmarkt. Das ist vor allem im Hinblick auf den Konsum von jungen Erwachsenen wichtig, da diese meist nicht über ausgeprägte finanzielle Mittel verfügen und dadurch auf dem Schwarzmarkt gehalten werden könnten.

Der Besitz und Konsum von Cannabis für volljährige Personen ist zu erlauben, der maximale Gehalt von Tetrahydrocannabinol (THC) und weiteren gesundheitsgefährdenden Inhaltsstoffen ist auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse gesetzlich festzulegen. Die Diskriminierung und Verfolgung von Cannabiskonsument*innen muss enden.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist das Betäubungsmittelgesetz von 1981 zu modernisieren und ein Cannabiskontrollgesetz einzuführen.

Der Paritätische Hessen spricht sich dabei für ein vollständiges Werbeverbot für Cannabis aus – wie im Übrigen auch für ein Werbeverbot für Alkohol und Nikotin. Ein Verbot sollte Werbung, Promotion und Sponsoring für Cannabis-Produkte strikt untersagen.

Vorteile einer Legalisierung von Cannabis

Repression und Kriminalisierung sind gescheitert. Die Vorteile der Legalisierung sind offensichtlich:

- Statt Konsument*innen zu kriminalisieren und so den Schwarzmarkt zu stützen und zu fördern, dämmt die Legalisierung und kontrollierte Abgabe den Schwarzmarkt ein. Während jede*r – unabhängig vom Alter - auf dem Schwarzmarkt Drogen unkontrolliert erwerben kann, wird der Erwerb von Drogen für Jugendliche nach der Legalisierung deutlich schwieriger. Die Legalisierung führt dazu, dass der Erwerb oder Besitz von Cannabis für Menschen unter 18 Jahren gesetzlich kontrolliert werden kann. Gerade diejenigen, die - wie etwa die Bundesärztekammer (BÄK) - darauf hinweisen, dass der Konsum von Cannabis gerade bei Jugendlichen schädliche Wirkungen aufweisen, müssen hohes Interesse an der Legalisierung haben. Denn nur so kann verhindert werden, dass Jugendliche unkontrolliert an Drogen kommen. Und nur so kann erreicht werden, dass Jugendliche umfassend aufgeklärt werden können. Die kontrollierte Abgabe ist effektiver und konsequenter Jugendschutz.
- Die kontrollierte Abgabe durch zertifizierte Stellen erweitert darüber hinaus die Möglichkeiten der Suchtprävention. Die Abgabe sollte gezielt durch Maßnahmen der Prävention, Beratung und Behandlung begleitet werden. Kompetenz im Konsum rückt in den Fokus.

- Die kontrollierte Abgabe ermöglicht effektiven Gesundheitsschutz. Die Qualität der Substanzen kann kontrolliert werden und so die Weitergabe von verunreinigten Substanzen verhindert werden. Drug Checking ist aktuell eine wichtige Maßnahme, besser jedoch ist die staatlich regulierte, kontrollierte Abgabe, denn nur so können wirksame Vorgaben zu THC- und CBD-Gehalt und zur Reinheit der Substanz gemacht werden. Der THC- und CBD-Gehalt sowie die Menge weiterer potentiell gesundheitsgefährdender Zusatzstoffe müssen dabei auf Verkaufsverpackungen ausgewiesen werden. Auch sollten, ähnlich wie beim Verkauf von Tabak-Produkten, auf Verkaufsverpackungen Warnhinweise in gut lesbarer Größe. Das ist effektiver Gesundheitsschutz.
- Der Paritätische Hessen fordert eine Besteuerung von Cannabis – denkbar ist hier eine Besteuerung entsprechend des THC-Gehalts der jeweiligen Produkte. Dies würde die Staatseinnahmen signifikant erhöhen. Festzulegen ist, dass die zusätzlichen finanziellen Mittel vor allem für Prävention, Forschung, Suchtbehandlung und -beratung eingesetzt werden. Wichtig ist es dabei, mit der Höhe der Steuern bewusst zurückhaltend umzugehen. Die Höhe darf nicht dazu führen, dass erneut ein Schwarzmarkt entsteht.
- Ein regulierter Markt verharmlost nicht die Gesundheitsrisiken von Cannabis. Vielmehr ermöglicht die kontrollierte Abgabe einen verantwortungsbewussten Umgang mit den gesundheitlichen Risiken. Die kontrollierte Abgabe macht einen Jugend-, Verbraucher- und Gesundheitsschutz erst möglich. Dies und der humane Umgang mit Konsument*innen, zeichnen eine moderne Drogenpolitik aus. Und die ist lange überfällig.

Die Fachgruppe Suchthilfe im Paritätischen Hessen

Ansprechpartner beim Paritätischen Hessen:

Lars Lauer
Referent für Suchthilfe

Telefon: 069/95 52 62-30

E-Mail: lars.lauer@paritaet-hessen.org

Stand: 30.11.2021